

(Abgeordneter Reutisch.)

(A) niert, daß die durch Ablösung von Nebenarbeiten, die sie früher gemacht haben, ihnen entfallenden Gebühren durch Gehalt ausgeglichen werden sollten. Es sollten ihnen seinerzeit 900 M. zugestimmt werden, in der Tat beträgt aber die Verbesserung nur 100 bis 200 M., so daß sie tatsächlich, wie auch die Deputation anerkannt hat, schlechter gestellt sind als früher. Sie haben aus dem Grunde immer wieder Petitionen an die Kammer gelangen lassen. Ich habe mich gefreut und danke der Deputation und dem Herrn Berichterstatter, daß sie auf S. 30 des Berichtes zum Ausdruck gebracht haben, daß die Bittschrift ihre Berechtigung habe. Ich habe nun bloß die königliche Staatsregierung wiederholt zu bitten, diesen Wünschen nun auch endlich einmal Rechnung tragen zu wollen. Die Petition ist als Material für die künftige neue Besoldungsordnung der Regierung überwiesen worden. Wir dürfen wohl erwarten, daß die neue Besoldungsordnung schon den nächsten Landtag beschäftigen wird, und dann werden wohl endlich auch einmal die Bitten dieser Beamten des Landes verstimmen.

Über die allgemeinen, von der Regierung versprochenen und in Aussicht genommenen Vereinfachungen auch im Verwaltungswesen ist leider bei der Grundsteuerverwaltung noch nicht viel zu spüren. Wir haben im Gegenteil durch neue Verordnungen in diesem Verwaltungszweig weiter in Erfahrung gebracht, daß Vereinfachungen nicht allein nicht eingetreten sind, sondern daß dieses Verwaltungsweisen eher noch komplizierter geworden ist durch neue Verordnungen, die sich gar nicht alle durchführen lassen. Vom grünen Tische aus läßt sich manches, was man in jahrzehntelanger Praxis als Übelstand empfunden hat, nicht übersehen. Ich will aber in dieser vorgerückten Stunde nicht weiter auf diese Einzelheiten, besonders nicht auf die Haarpalterei mit den Hundertsteinheiten, auf die ich schon früher öfters eingegangen bin, zu kommen, sondern nur noch einiges über die direkten Steuern erwähnen. Hier halte ich für nötig, noch etwas zu sagen.

Diejenigen, die nur für direkte Steuern eintreten, überschätzen die Ergiebigkeit derselben, weil sie nicht genügend berücksichtigen, wie hoch Vermögen und Einkommen schon jetzt belastet sind, und weil sie sich nicht genügend klar machen, daß die Häufung der Besitzsteuern den Ertrag jeder einzelnen Steuer wieder herabdrücken muß. Weiter sollten die Freunde der direkten Steuern auch ein offenes Auge für die Schäden haben, die man der volkswirtschaftlichen Entwick-

lung zufügt, wenn man durch zu hohe direkte Steuern die Kapitalbildung allzu sehr hemmt oder gar unterbindet.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Das Kapital ist und bleibt ein unentbehrlicher Faktor des notwendigen wirtschaftlichen Fortschrittes. Außerdem hat jeder gute Staatsbürger die Pflicht, die Steuermoral in unserem Volke zu heben. Eine Überspannung der direkten Steuern wird aber unbedingt ein Sinken der Steuermoral im Volke zur Folge haben. Wenn man unter Verkennung aller dieser Gefahren jetzt in der Ausnutzung der direkten Steuerquellen allzu weit gehen sollte, würde sich vermutlich sehr bald das Unhaltbare dieses Zustandes herausstellen. Deshalb bleibt es ein Lebensinteresse für die Einzelstaaten und für die Gemeinden, das Reich von den direkten Steuern möglichst fernzuhalten, sonst werden sie bald in ihrer Entwicklung gehemmt und stagnieren, weil sie der Möglichkeit beraubt werden, ihre notwendigen Einnahmen aus ihnen fernerhin zu vermehren. Ich möchte bitten, daß wir uns auf den Standpunkt der Regierung stellen, auf dem dieselbe, wie sie ja wiederholt und auch soeben wieder zum Ausdruck gebracht hat, verharret.

(Sehr richtig! rechts.)

Dabei möchte ich noch auf den Antrag zu kommen, den die Minderheit unter VI des Berichtes, die Zusätze zur Ergänzungssteuer betreffend, gestellt hat. Die rechte Seite des Hauses wird wohl kaum in der Lage sein, diesem Antrag zuzustimmen, ebensowenig wie es die Mitte tun wird. Ich meine, die Gründe dafür sind schon genügend hervorgehoben worden, und die Mehrheit wird diesen Antrag hoffentlich ablehnen. Es ist auf S. 22 des Berichtes schon zum Ausdruck gebracht, daß Sachsen mit der Verdreifachung der Ergänzungssteuer schon den anderen Staaten vorausgeht, und wir haben, wie auch der Herr Regierungskommissar ausführte, nötig, daß wir nicht in Sachsen viel mehr Steuern einführen als die anderen Bundesstaaten. Durch die heutigen Beschlüsse werden die Steuern in Sachsen im allgemeinen so erheblich, daß die Leute abgeschreckt werden, nach Sachsen hereinzuziehen, oder daß eine Abwanderung herbeigeführt werden kann, wenn wir die Steuern noch mehr steigern. Die tragfähigen Schultern, wie es immer heißt, sind durch die neue Steuerbelastung schon an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Wenn man nicht allmählich zur Vermögens-